

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

18.7.1927 (No. 164)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
K. Kneub.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen wird die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 7. bis 13. Juli 1927

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)
** Die Arbeitsmarktlage hat sich in der jüngsten Berichtszeit (7. bis 13. Juli) wenig verändert; in der Mehrzahl der Berufsgruppen hielt die aufsteigende Entwicklung an, entsprechend konnte die Zahl der unterstützten Erwerbslosen wiederum — diesmal von 18 670 um 645 auf 18 025 —, wie auch diejenige der Arbeitslosenempfänger — von 8756 um 292 auf 8464 — sinken.

In der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie machte sich neben Entlassungen, die indes die Gesamtentwicklung auf diesem Teilarbeitsmarkte nicht stark beeinflussten, weiterhin zum Teil gesteigerter Mangel an Fachkräften bemerkbar. Vor allem erwießen sich allgemeiner Maschinenbau, Schiffbau, Waggonbau und Aluminiumindustrie aufnahmefähig.

Ebenso zeigte die Textilindustrie (insbesondere Baumwollverarbeitung und Seidenstoffweberei) vermehrten Kräftebedarf, er war mit dem zur Verfügung stehenden einheimischen Kräfteangebot nicht in dem gewünschten Umfang zu decken, so daß zum Teil auf österreichische Fachkräfte zurückgegriffen werden mußte. Erfreulicherweise weist auch die Seidenband- und Hausindustrie des Hochwaldes ein Ansteigen des Beschäftigungsgrades auf.

Gegenüber verschlechterten sich saisonmäßig die Aufnahmefähigkeiten im Bekleidungsgebiete.

In der Zigarrenindustrie machte sich Mangel an Facharbeitern fühlbar. Die Kurzarbeiterziffer sank in der Tabakindustrie in der Berichtszeit von 3110 um 544 auf 2566.

Gestiegen ist die Nachfrage nach Bauarbeitern, insbesondere der Bedarf an Mauern, Gipfern und Malern. Die Vermittlungstätigkeit der gewerkschaftlichen Fachabteilungen der Arbeitsämter blieb zumeist lebhaft. Die Nachfrage nach Bauleitern und Kochpersonal war nur teilweise zu befriedigen. Das Baden-Badener Autotournee steigerte vorübergehend die Nachfrage nach Aushilfskräften.

Eine neue Poincaré-Rede

In Laeken, einer belgischen Gemeinde in der Provinz Brabant, fand am Sonntag in Anwesenheit des Königs und anderer Mitglieder des königlichen Hauses, des französischen Ministerpräsidenten Poincaré und zahlreicher Vertreter der belgischen Regierung die Einweihung des Denkmals des unbekanntem Soldaten statt. Der Festakt wurde durch eine Ansprache des Königs eröffnet, der u. a. ausführte: Die Verletzung der Verträge ist die Ursache gewesen, daß Frankreich und Belgien in einem Kampfe Schulter an Schulter gestanden haben. Weder Frankreich noch Belgien hatten die Möglichkeit einer solchen Verletzung des internationalen Rechtes ernstlich ins Auge gefaßt. Die Hoffnung Belgiens auf die Mächte, die seine Neutralität garantiert hatten, war aber nicht vergeblich.

Ministerpräsident Poincaré führte u. a. aus: Vor einigen Tagen hatte Vandervelde Gelegenheit, einige Behauptungen des Untersuchungsaußenbüros des Reichstages zu berichtigen und insbesondere die Verleumdung zurückzuweisen, daß Belgien schon vor dem Kriege im Einvernehmen mit den eventuellen Gegnern Deutschlands gestanden hätte. Belgien und Frankreich haben nicht aufgehört, in unbedingter Ehrlichkeit die Politik der Annäherung, wie sie in Locarno vorbereitet wurde, zu verfolgen. Ihre Haltung ist heute wie gestern die gleiche. Wenn Deutschland eine seiner Verpflichtungen einhält, wie in der vergangenen Woche in Königsberg, so bezeichnen wir dieses Ergebnis als ein Zeichen der Entspannung. Es ist jedoch unser Friedenswille so stark und so beharrlich, daß er sich weder durch Unverständnis noch Mißtrauen, noch durch persönliche Angriffe entmutigen läßt und daß er sein Werk über alle Hindernisse hinweg hartnäckig u. gelassen fortführen wird. Wenn Dr. Brüel in einem vor kurzem veröffentlichten amtlichen Bericht nicht geschrieben hätte, daß die Errichtung der belgischen Manöverstellungen eine Verletzung der Neutralität und eine feindliche Maßnahme gegen Deutschland darstellte, so hätte Vandervelde sich nicht die Mühe zu nehmen brauchen, nachzuweisen, daß Deutschland nicht nur 1868, 1875 und 1887 diese Arbeiten gekannt und gebilligt hat, sondern sie sogar gewünscht und dazu ermutigt hat. Abschließend kam Poincaré noch auf die Vorgänge im Jahre 1914 bei Kriegsausbruch zu sprechen und streifte dabei auch das vom deutschen Gesandten an Belgien überreichte Ultimatum.

Ministerurlaub. Der Reichskanzler geht am heutigen Montag auf Urlaub. Falls die Wiener Ereignisse keine Änderung nötig machen, wird auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann seinen Urlaub antreten. Reichsfinanzminister Dr. Brüel, Reichspostminister Schäffl und Reichsverkehrsminister Dr. Koch werden sich im Laufe der nächsten Woche ebenfalls auf Urlaub begeben. Nur die Reichsminister Schiele, Dergt und Gester werden somit in Berlin anwesend sein.

* Der Aufruhr in Wien

Immer wieder finden wir in der chinesischen Literatur das Thema vom unreuen Richter behandelt. Und jedes Mal will es der Erzähler so, daß der unreue Richter für seine Missetaten streng bestraft wird. Entweder ist es der Kaiser oder ein höherer Mandarin, die ihn zur Rechenschaft ziehen, oder das strafende Geschick greift durch die Hand der Götter und Dämonen ein. Das Volk selbst rührt sich nicht, es schreit nicht zur Selbsthilfe. Denn es weiß, daß die Missetat ja doch nicht ungesühnt bleiben wird, sei es in diesem Leben, sei es im Jenseits. Das Volk schämt sich lediglich des unreuen Richters. Denn es empfindet, wie häßlich und fluchwürdig ein solches Tun ist, und wie sehr es dem ganzen Distrikt zur Unehre gereicht.

Wehe einem Volk, in welchem dieses klare Rechtsgefühl verkümmert oder gar erloschen ist! Wehe einem Volk, wenn die politischen Leidenschaften dieses Rechtsgefühl vernichten und aus gerade ungerade machen! Wehe einem Volke, wenn das Urteil des Gerichts zu einer Angelegenheit der Parteipolitik wird, wenn Verbrecher mit gelinden Strafen davonkommen, nur weil es der Parteipolitik so in den Kram paßt, wenn Mörder freigesprochen werden, nur weil die von ihnen Ermordeten der gegnerischen Partei angehörten, die Richter aber von der Partei der Angeklagten sind! Und wehe einem Volke, dessen Richter sich durch Sentimentalitäten vom geraden Weg des Rechts abbringen lassen! Deutsch-Österreich hat in letzter Zeit zwei Urteilsprüche erleben müssen, die hoffentlich nur Einzelerscheinungen bleiben werden, bei einer Verallgemeinerung aber die düstersten Prognosen für die Zukunft rechtfertigen müßten.

Die Frau des Wiener Opernfängers Grosabeser ist vom Geschworenengericht freigesprochen worden, obwohl sie in einer eifersüchtigen Laune ihren Mann niedergeschossen hatte. Und diejenigen Männer, die nach der Anklage im Januar in Schattendorf in eine Mitgliedertruppe des Republikanischen Schutzbundes hineingefeuert und mehrere Menschen töteten, sind dieser Tage von einem Geschworenengericht ebenfalls freigesprochen worden.

Der Fehlspruch in Soden Grosabeser hat moralisch die Gemüter aufs äußerste erregt, das Schattendorfer Urteil aber hat politisch gewirkt: es hat den Aufruhr in Wien entfesselt, und zwar einen Aufruhr, der so blutig gewesen ist, wie noch nie in der Geschichte Wiens. Die Zeiten haben sich eben in furchtbarer Weise geändert. Die Massen des Volkes befolgen heute nicht mehr das Beispiel der Geduld, wie es uns in der chinesischen und übrigens auch teilweise in der alten deutschen Literatur überliefert wird, sondern sie gehen zur Aktion über, sie setzen sich zur Wehr. Das kann in Formen geschehen, die der Verfassung und dem Gesetz nicht widersprechen. Es kann aber auch in Formen geschehen, die ein Hoh auf alle Ordnung und Gesetzmäßigkeit sind. Und so war es in Wien! Verführt durch radikale Reden, haben die Massen der Wiener Arbeiterbevölkerung ihrer Empörung über das Schattendorfer Urteil durch eine regelrechte Revolte, durch Verwüstungen, Brandstiftungen und Blünderungen Ausdruck verliehen. Damit haben sie eine Missetat durch neue und noch schwerere Missetaten überstürzt.

Wir sind nicht der Ansicht, daß das Wort „Alles verstehen, heißt alles verzeihen!“ seine Gültigkeit hat. Der Aufruhr in Wien bleibt auch dann unverzeihlich und aufs schärfste zu verurteilen, wenn man ihn aus den politischen Verhältnissen und aus den Gefühlen der Arbeitermassen heraus verstehen kann. Viele Besucher nennen Wien eine sterbende Stadt. Und, wenn dieses Urteil vielleicht auch etwas zu herbe ist, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß Wien seit dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie wirtschaftlich eine so schwere Krise durchzumachen hat, daß man allerdings kaum zu sagen weiß, ob und wie sie überwinden werden wird. Jedenfalls sind die Not und das Elend in den Massen der Wiener Bevölkerung ganz ungeheuer. Hunger und Elend sind aber von jeher die besten Wegbereiter revolutionärer Erzeffe gewesen. Kommt dann ein Urteil, wie das Schattendorfer, heraus, dann haben es die radikalen Elemente leicht, die Massen auf die Straßen zu treiben und sie zu Akten der Gewalt mitzuführen.

Wenn jetzt gemeldet wird, daß man sich hüten wie drüben in Wien um eine Einigung bemüht, dann kann man solche Bemühungen nur begrüßen. Nicht nur die innerpolitische Lage Deutsch-Österreichs ist durch den Aufruhr in Wien gefährdet, sondern auch die außenpolitische Lage. In Pariser Blättern werden die außenpolitischen

Möglichkeiten mit einer Offenheit erörtert, die sicherlich allen denen zu denken geben wird, die an der Existenz Deutsch-Österreichs interessiert sind. Daß das Deutsche Reich mit seiner Reichswehr eingreifen könnte, wie eine Pariser Zeitung vermutet, ist natürlich glatter Unfuss. Dagegen wäre ein Eingreifen Italiens oder der Tschechoslowakei oder Jugoslawiens keineswegs ausgeschlossen. Alle besonnenen Elemente in Wien wünschen deshalb die Einigung. Und nach den neuesten Meldungen ist zu hoffen, daß sie auch zustande kommen wird.

Unter allen Umständen bedeuten die Vorgänge in Wien aber ein crustes Missekel. Urteile, wie der Freispruch der Schattendorfer Mörder, dürfen nicht mehr vorkommen. Es ist bezeichnend, daß die Fehlsprüche in Österreich von Laiengerichten gefällt wurden. Auch in Deutschland hat man in den letzten Jahren Urteilsprüche von Laiengerichten erlebt, die, wenn sie auch nicht entfernt an das Schattendorfer Urteil heranreichen, doch geeignet waren, die ganze Institution der Laiengerichte etwas zu diskreditieren. Wie dem aber auch sei: es gibt kaum etwas, was die politischen Leidenschaften in kritischer Zeit mehr aufzurühren vermag, als ein ungerechtes Urteil. Deutsch-Österreich hat das sehr am eigenen Leibe erfahren. Möge es aus dieser Erfahrung lernen!

In Wien kehrt Ruhe und Ordnung wieder ein

Dem Süddeutschen Corr.-Büro zugegangene private Meldungen bestätigen, daß in Wien und dem übrigen Österreich vollkommene Ruhe herrscht. In Graz so belegen diese Meldungen weiter, ist zum Protest gegen das Urteil im Schattendorfer Prozeß in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt worden. Eine große Menschenmenge hat Demonstrationen veranstaltet, ohne daß es dabei zu ernstlichen Zwischenfällen gekommen ist. Demonstrationen der Arbeiterkraft werden auch aus Brunn und Linz gemeldet. Auch dort haben sich keine Zwischenfälle ereignet.

Der gestrige Sonntag ist in Wien sehr ruhig verlaufen. Die Stadt zeigt im allgemeinen das übliche Bild. Damit verklärt sich der Eindruck, daß die Zeit der Unruhen, wenn nicht außergewöhnliche Ereignisse eintreten, vorbei ist. Weder die Besprechungen, die zwischen den sozialistischen Führern und Dr. Seipel stattfanden, noch die Versammlung der Vertrauensmänner haben zu einer politischen Entspannung geführt. Die Regierung beharrt auf dem Standpunkt, daß die politische Austragung vor den Nationalrat gehöre, und daß an eine Einberufung nicht eher zu denken sei, als bis die vollkommene Freiheit der Arbeiterbewegung sichergestellt ist. Auf der anderen Seite ist in der Versammlung der Vertrauensmänner von führender sozialistischer Seite erklärt worden, daß der Verkehrsstreik nicht eher eingestellt werde, bis genügende politische Maßnahmen von der Regierung getroffen seien, die nach Ansicht der Sozialisten eine Wiederholung solcher Katastrophen verhindern. Damit ist also der Verkehrsstreik, der nach sozialistischen Angaben ursprünglich den Zweck hatte, wilde Protestbewegungen in ein geordnetes Fahrwasser zu leiten, in eine neue Phase getreten. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß der Verkehrsstreik zunächst weiter anhält.

In der Versammlung der Vertrauensmänner wurde nach Referaten der Abgg. Bauer und Adler eine Entschlossenung angenommen, in der die Einleitung einer Sammlung für das Opfer die Unruhen unter den Arbeitern und ein Strafverfahren gegen die Schulleute gefordert wird. Da die Arbeit in den Betrieben am Montag wieder aufgenommen werden soll, wird am Montag früh zur Beförderung der Arbeiter und Angestellten ein Zugbetrieb eingerichtet werden. Das bedeutet die teilweise Aufnahme des Wiener Lokalbahnverkehrs, durch den der allgemeine Verkehrsstreik aber nicht berührt wird.

Gegenüber den auswärts verbreiteten Nachrichten über eine drohende Intervention der Nachbarländer im Zusammenhang mit dem Verkehrsstreik wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß die Züge vom Brenner nach Deutschland als Transitzüge mit Lebensmitteln selbständig durchgeführt werden. Im übrigen entsprechen die Meldungen über Interventionen nicht den Tatsachen. Wichtig ist lediglich, daß die diplomatischen Missionen sich von Zeit zu Zeit nach dem Stand der Dinge erkundigt haben. Zu der Nachricht, daß ein Teil des Bundesheeres dem Gehorsam verweigert habe, wird dem Vertreter des BVB mitgeteilt, daß das Heer allen Anforderungen entsprochen habe.

Ein anderer Bericht vom Sonntag besagt: Der Verkehrsstreik ist beendet. Das ist das Kennzeichen der Situation. Als die Wiener heute früh erwachten, hatten die Straßenbahnlinien ihren Dienst aufgenommen. Die beschränkten kommunistischen Siedlungen sind nur in unerheblichem Maße an zwei Stellen aufgetreten. Auch die elektrische Stadtbahn, die Autobusse und die Autobusse fahren wieder. Dagegen geht der Fernverkehrsstreik weiter. Gasthäuser und Cafés haben geöffnet. Schon in den frühen Vormittagsstunden zogen große Scharen durch die Stadt, um sich die Verletzungen anzusehen. Am meisten ist natürlich der Justizpalast unangeführt, der innen und außen ein grausiges Bild der Verwüstung darstellt. Es stehen nur noch die Grundmauern. Die Fensterhöhlen sind ausgebrannt und in den blauen Sommerhimmel ragt das Eisengerüst der restlichen Kuppel wie ein Skelett empor. Innen lahle Mauern von denen der Fall gefallen ist. Nirgendsmehr sieht man ein Möbelstück. Gausen von

Geröll, Schutt und verbotenen Aien liegen umher. Posten setzen Sperren das Viertel des Justizpalastes und des Rathhauses ab. Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Polizei vollzieht sich aber in durchaus freundlichen Formen. Die Stimmung ist natürlich gedrückt. Für den Wiener sind diese Ereignisse noch jetzt unfassbar, was durchaus verständlich ist, wenn man hört, daß die Totenzahl dieser beiden Tage drei mal so hoch ist, wie die Zahl der Opfer, die die Revolution vor acht Jahren in ganz Österreich gefordert hat. Bisher sind 252 Personen verhaftet worden.

Die Regierung hat eine Kundmachung anhängen lassen, in der sie ihre Haltung und das Vorgehen der Polizei verdeutlicht. Sie ermahnt die Bevölkerung weiter zur Aufrechterhaltung der Ruhe.

Nach einer aus Innsbruck eingetroffenen Meldung werden die Jüge von Italien nach Deutschland in Österreich ungehindert durchgelassen.

Am Samstag flüchteten in einigen Vorstädten noch Unruhen auf, bei denen mehrere Personen getötet wurden. Die Bildung einer Gemeindepolizei ist von dem Bürgermeister seit beschlossen worden. Die Polizei wird sich in der Hauptsache aus Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes zusammensetzen. Es sind bereits 5000 ausgesuchte Leute auf die Liste gesetzt. Die Polizei wird ebenfalls bewaffnet werden.

Nachdem der Flugverkehr auf dem Wiener Flugplatz Sperrung 12 Stunden lang gesperrt war, ist jetzt wieder der regelmäßige Flugdienst nach den Hauptstädten der Nachbarländer aufgenommen worden. Am Sonntag vormittag gingen zwei vollbesetzte Flugzeuge nach München, zwei Flugzeuge nach Budapest und eine große Maschine nach Prag-Berlin ab.

Die Beisetzung der Opfer findet am Mittwoch 2 Uhr auf dem Zentralfriedhof statt. Die Toten werden auf einem gemeinsamen Platz aber in einzelnen Gräbern beigesetzt. Die Kosten der Beerdigung trägt die Stadt Wien. In den Wiener Betrieben wird während der Beisetzung der Opfer die Arbeit eine Viertelstunde ruhen.

Die Tiroler Landesregierung hat sämtliche Bahnhöfe in ganz Tirol durch Militär, Gendarmerie und die als Rotpolizei legalisierte Heimatwehr besetzen lassen. Überall sind die von den Eisenbahnen eingesetzten Streikleitungen und die sozialdemokratischen Ordnungsmannschaften der Eisenbahner, die mit roten Armbinden versehen die Bahnhöfe abgesperrt hielten, ohne Widerstand zu leisten, abgezogen. Ebenso sämtliche Eisenbahner. Es ist nirgends zu einer Gewaltanwendung gekommen. Ein Rotverkehr wird eingerichtet werden.

Die Zahl der Toten wird jetzt auf 60, die der Verwundeten auf 500 angegeben.

Wie das Ungarische Korrespondenzbüro aus Budapest meldet, verfolgt die ungarische Regierung die österreichischen Ereignisse mit der größten Ruhe und beurteilt sie mit vollkommener Richtigkeit. Ungarischerseits liegt kein Grund zu irgend einer Maßnahme vor. Auch keinerlei polizeiliche Maßnahmen werden geplant.

Die Pariser Blätter beurteilen zum Teil in scharfen Worten die Wiener Vorgänge, weisen auf die Gefahren hin, die sich aus ihnen auch für das übrige Europa entwickeln können und fordern die Mächte auf, die Ruhe in Europa aufrecht zu erhalten.

Wien, 18. Juli. Ein bei den Direktionen der österreichischen Bundesbahnen in Wien, Linz, Innsbruck und Villach eingegangenes Telegramm besagt, daß von heute ab Jüge eingestellt werden sollen, die für die Beförderung von Arbeitern und Angestellten an ihre Arbeitsstätten notwendig sind. Der Bundeskanzler hat Weisung gegeben, daß die bei der österreichischen Regierung akkreditierten Auslandsvertretungen über den Verlauf der Unruhen und die Sicherheit in der Stadt dauernd unterrichtet werden sollen. In den amtlichen Berichten von gestern Abend über die Lage in der Stadt heißt es, daß die Ruhe während des ganzen Tages nicht getrübt wurde und die Straßen wieder ihr gewohntes Aussehen haben.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Flottenbesuch in Riga. Der Besuch der zweiten Torpedobootschiffsflotte in Riga verlief bei strahlendem Sonnenschein und herzlicher Teilnahme der gesamten Bevölkerung der Stadt. Die Boote wurden täglich von Tausenden besucht. Außer einem Ball vom diplomatischen Korps veranstaltete der deutsche Gesandte an Bord des Stettiner Dampfers „Morland“ einen Empfang für die reichsdeutsche Kolonie, zu dem 400 Personen erschienen waren. Eine Abordnung von Offizieren und Mannschaften legte an den Kriegergäbriken bei Segewold Kränze nieder. Am Sonntag verließ die Flotte wieder Riga.

Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 18. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsanstalts hat sich gegenüber der Vorwoche um 2 v. H. auf 137,4 (137,1) erhöht.

Ein französischer Wachposten erschossen. Nach einer Meldung der Boffischen Zeitung aus Ludwigshafen wurde am Freitagabend bei dem Munitionslager, das in der Nähe von Speßbach liegt, einer der dort aufgestellten französischen Posten tot aufgefunden. Es besteht der Verdacht, daß er von einer weiblichen Person erschossen worden ist. Durch die Bürgermeisterämter in Speßbach und Kapfenstein wurde im Laufe des Tages bekanntgegeben, daß, wenn die der Tat verdächtige Person sich nicht freiwillig melde oder so angezeigt werde, daß sie ergriffen werden könne, durch die französische Besatzungsbehörde Hausdurchsuchungen vorgenommen werden würden, um die Verleumdung, welche die Täterin getragen habe, festzustellen.

Besserung im Befinden Clemenceaus. Wie Savas berichtet, hält die Besserung, die in den letzten Tagen im Befinden Clemenceaus festzustellen war, an. Sein Befinden ist wieder befriedigend.

Hausdurchsuchungen in der Schanghaier Sowjetbank. Nach einem Telegramm des New Yorker Herald aus Schanghai, hat die chinesische Polizei eine Hausdurchsuchung in der Sowjetbank in Schanghai vorgenommen, um Dokumente zu suchen, die den Beweis erbringen sollen, daß diese Bank mit den chinesischen Kommunisten finanzielle Verhandlungen geführt habe. Die chinesische Polizei habe, wie man berichtet, Schriftstücke gefunden, die demnach die Festsetzung einer großen Anzahl von Personen zur Folge haben werde. Der Rechtsanwalt der Bank, ein Deutscher namens Wilhelm, der lebhaft gegen die Hausdurchsuchung protestierte, soll verhaftet worden sein.

Wetterdienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Auch gestern kam es in Baden noch verschiedentlich zu Gewitterregen. Nur zeitweise war es heiter. Die bisher nur flachen Stürme haben sich nunmehr entfernt, wobei die über Südnorwegen und der Nordsee verstärkten Störungen eine stärkere Bewegung des nordostwärts gerichteten Hochdruckkeiles bewirken konnten. Damit habe sich die Wetterlage abermals verschlechtert. Es muß mit erneuten Regenfällen und für die Jahreszeit mit starker Witterung gerechnet werden. Voraussichtliche Witterung für morgen: Überwiegend mäßig erneute Regenfälle, kühl, zeitweise böig, nordwestliche Winde.

Badischer Tell

Die Badischen Polizeioffiziere gegen den kommunistischen Abg. Ritter

Die Vereinigung badischer Polizeioffiziere hat den Minister des Innern ersucht, dem Landtag folgende Erklärung zuzustellen:

„Gegen die in der Rede des Abg. Ritter im Landtag des Volksstaates Baden am 12. Juli 1927, nachmittags, aufgestellte Behauptung, die badischen Polizeioffiziere ständen nicht auf dem Boden der Verfassung und seien monarchistisch eingestellt, legt die Vereinigung der Badischen Polizeioffiziere nachdrücklich Verwahrung ein.

Wir Polizeioffiziere haben den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet, und nehmen für uns in Anspruch, daß unser Eid so ernst genommen wird, wie es bei jedem von Pflichtgefühl und althergebrachter Beamten-treue erfüllten Menschen zutrifft. Wir sehen in unserer Dienstleistung nicht eine reine juristische Erfüllung unserer Eidesleistung, sondern wir verlangen, daß man überzeugt ist, daß wir mit unserer ganzen Person entsprechend unserem Eid unseren Dienst am Volke tun. Werden daran Zweifel ausgesprochen, so betrachten wir solches als beabsichtigte und bewusste Verleumdung.“

Sonntagsruhe am Verfassungstag

In Baden ist seit dem Jahre 1923 der 11. August als Verfassungstag ein gebotener Feiertag, d. h. an diesem Tage ist Feiertagsruhe. Wegen dieses Feiertages haben ursprünglich die Industriellen, schließlich aber auch die Landwirte Beschwerde erhoben, letztere mit der Erklärung, sie würden in der Ferntzeit an der Arbeit gehindert, während im benachbarten Württemberg und auch in den übrigen deutschen Ländern eine Arbeitsruhe nicht erzwungen sei. In der Tat läßt sich auf die Dauer die unterschiedliche Behandlung dieser Frage in den deutschen Ländern nicht aufrecht erhalten, das um so weniger, weil in Württemberg es mit der Sonntagsruhe überhaupt recht mangelhaft bestellt ist. Selbst an Feiertagen, wie z. B. dem Ostermontag, werden in Württemberg im großen Ausmaß allergrößte landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet (Pflügen usw.).

Der Umstand, daß die badisch-württembergische Grenze im Verhältnis zur Größe dieser beiden Länder außerordentlich lang ist, und die weitere Tatsache, daß diese Grenze überhaupt nur in rein landwirtschaftlichen Bezirken verläuft, gibt der im Grenzgebiet beider Länder wohnenden landwirtschaftlichen Bevölkerung starke Gelegenheit, Vergleiche anzustellen. Wenn nun noch gar bei der Betrachtung über den 11. August als gebotenen Feiertag politische Motive eine Rolle spielen, dann hat man die Erklärung dafür, weshalb in landwirtschaftlichen Kreisen der 11. August als Feiertag nicht oder nur ungern hingenommen wird. Es ist deshalb eine rechtsrechtliche Regelung für den Verfassungstag eine der dringendsten politischen Aufgaben der Reichsregierung und des Reichstages.

Das für den Verfassungstag bestehende Verbot der öffentlichen Arbeiten in der Landwirtschaft hat Ausnahmestimmungen für den Fall, daß infolge der Witterungsverhältnisse unverschiebbare Arbeiten geleistet werden müssen. Auch kann die Ortspolizeibehörde für unverschiebbare Arbeiten in der Landwirtschaft Nachsicht erteilen, wenn die Notwendigkeit der Sonntagsarbeit vom Unternehmer nicht absichtlich herbeigeführt worden ist. Der Stand der landwirtschaftlichen Arbeiten ist im laufenden Jahre infolge der schlechten Witterungsverhältnisse kein günstiger. Der Minister des Innern hat infolge dessen durch Erlass an die Bezirksämter nach Maßgabe der landesherrlichen Verordnung vom Juni 1892 (§ 6 Abs. 2) allgemeine Nachsicht angeordnet und insbesondere darauf hingewiesen, daß es nicht Aufgabe der Polizei- und Gendarmeriebehörde sein könne, durch eine intensive Umschau eine große Zahl von Straffällen zur Anzeige zu bringen. Er hat weiter auch im Zusammenhang mit den Anordnungen der Reichsregierung über die Feier des Verfassungstages durch die Reichsbehörde die Bezirksämter verpflichtet, mit den Behörden der großen Gemeinden im Lande über die Durchführung der Verfassungsfeier in Verhandlungen einzutreten. Auch soll die Bezirksbehörde zu dem gleichen Zweck mit den republikanischen Parteien und Vereinigungen in Verkehr treten. Wenn insbesondere in den Industriezentren des Landes der Verfassungsfeier ein entsprechend würdiger Rahmen gegeben wird, kann können nach Lage der Sache die Anhänger der republikanischen Staatsform dollauf zufriedener sein. Wie anderwärts, so strebt auch im Lande Baden die Bevölkerung in großen Rationalfragen auf die Reichsregierung hin. Eine gesetzliche Regelung nur durch das Land findet immer größeren Widerstand wie eine Reichsregelung. Eben weil wir nun in Baden in der Frage der Feier des Verfassungstages der Reichsregelung ein großes Stück voraus sind, empfiehlt es sich, daß die republikanische Presse gegenüber dem Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die den Verfassungstag noch nicht aus innerer Überzeugung begehren mag, Duldsamkeit und Nachsicht übt. Mit Angriffen auf diese Teile der Bevölkerung in der Presse ist im allgemeinen wenig geboten, es sei denn, daß Arbeiten verrichtet werden, die ihrer besonderen Art nach als eine Provokation und eine Herausforderung der republikanischen Bevölkerung angesehen werden müßten.

Bei solchen Vorkommnissen hätte allerdings die Ortspolizei und die Bezirksbehörde strafend einzuschreiten.

Ablehnung der Biersteuer in Singen. Der Bürgerausschuß genehmigte verschiedene Grundstücksanläufe und einen automobilen Sprengwagen. Nach lebhafter Aussprache wurde die vom Gemeinderat beantragte Einführung einer Gemeinde-biersteuer mit 51 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Badischer Landesfischereiverein

Dr. Heidelberg, 17. Juli. Im Bürgerausschußsaal tagte heute die Hauptversammlung des Badischen Landesfischereivereins, die von Berufs- und Sportfischern aus allen Teilen des Landes stark besucht war. Ferner waren anwesend Vertreter des Landtags sowie der staatlichen und kommunalen Behörden. Der erste Vorsitzende Kultusminister Leers eröffnete die Tagung um 11 1/2 Uhr, wobei er dem verstorbenen Ausschuhmitglied Brunner Worte ehrenden Gedankens widmete. Regierungsrat Dr. Koch erbat die den umfangreichen Geschäftsbericht, der über die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre ausführliche Angaben brachte. Über die Pflege und Hebung der Fischzucht enthält der Bericht aufschlußreiche Angaben, insbesondere über die Mittel zur Bekämpfung der störenden Einflüsse im Fischereigewerbe, verursacht u. a. durch die Kraftwerke am Oberrhein und durch die Kanalisierung des Neckars. Darüber gab der Bericht der erspriehlichen Mitarbeit des Heimatbüros. In der Frage der Zuleitung der Abwässer von Industrien und Gemeinden in die Flüsse und ihre schädigenden Einflüsse auf die Fischzucht wird eine stärkere Kontrolle der Klär-Anlagen gefordert. Ebenso wird auch das Zunehmen des Verfalls auf den Flüssen durch Auler- und Radelboote als schädlich für die Fischerei bezeichnet. Über die badische Wasserwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaues des Rheines von Basel bis zum Bodensee sprach dann Oberregierungsrat Altmayer von der Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe. Kassenbericht, Voranschlag für 1928, sowie die Wahlen wurden durch Beibehaltung des bisherigen Vorstandes erledigt. Die nächste Wanderversammlung mit Fischereitag findet in Rehl, die nächste Hauptversammlung 1928 in Badstut statt. Beim Punkt: Wünsche und Anträge vertrat die Sportfischer ihre Forderungen, und Jakob Aberle aus Heidelberg forderte in Anbetracht der durch die Reduktion der Fischerei durch die Regierung.

Unwetter in Baden

Die Gegend von Billingen wurde von einem starken Hagel schlag heimgesucht. Die Höhen um den Aussichtsturm bei Billingen waren wie im Winter weiß bedeckt, und zwar lag der Hagel stellenweise 30 Zentimeter hoch. Feld- und Garten-gewächse wurden zerfurcht. Ebenso stark unter Hochwasser, ähnlich dem vor acht Tagen, hatten die Gemeinden Niebersbach, Niederschach und Kappel zu leiden. Namentlich Niebersbach ist stark mitgenommen. Die Eschach führte Wasser-massen bis zu 8 Meter Höhe. Bei Gartheim (N. Staufen) vernichtete der mit dem Unwetter verbundene Hagelschlag die Ernte zum großen Teil. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen. Ein Witzschlag in die Scheune des Landwirts Knobel scherte sie vollständig ein. Auch das Wohnhaus wurde durch das Feuer stark beschädigt, konnte aber ebenso wie das stark bedrohte Nachbarhaus des Franz Nientaler gerettet werden. Auch St. Peter bei Freiburg wurde durch schweren Hagelschlag betroffen. Der Eschach, ein sonst harmloses Bächlein, schwall in wenigen Minuten zu einem reißenden Strom an und stürzte mit furchtbarem Getöse, alles, was ihm in den Weg kam, mit sich reißend, talabwärts. Mehrere kleine Brücken wurden ein Opfer der Fluten. Aus den Warenbeständen des Kaufmanns Josef Schuler wurde ein großer Teil weggeschwemmt.

Der Voranschlag von Wiesloch. Die finanzielle Lage der Stadt Wiesloch ist keine günstige, die Steuerwerte haben sich wesentlich verringert. Für 1928 ist das Grundvermögen nur noch mit 9557 800 RM berechnet, für 1925 noch mit 5 290 200) das Betriebsvermögen mit 3 220 300 RM (1925 : 4 880 000). Der Gewerbeertrag beträgt 655 000 RM. Das Grundvermögen ist also um 80 Proz. geringer geworden. Das Betriebsvermögen hat über 100 000 RM abgenommen. Nach dem Voranschlag stellen sich die Einnahmen auf 458 692 RM, die Ausgaben auf 655 840 RM, der ungedeckte Aufwand beträgt demnach 196 748 RM. Die Umlage stellt sich nunmehr auf je 100 RM steuerpflichtiges Kapital: Vom Grundvermögen auf 186 Pf., vom Betriebsvermögen auf 44 Pf. und vom Gewerbeertrag auf 820 Pf. Der Bürgerausschuß wird sich am 1. August mit diesem Voranschlag, der so knapp und sparsam wie möglich aufgestellt ist, beschäftigen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 18. Juli. Gestern mittag ist auf dem Rhein in der Nähe des Strandbades ein Motorboot mit einem zu Berg fahrenden Schiff zusammengestoßen und gesunken. Die Besatzung und zwei Passagiere konnten durch Badende gerettet werden. Die Schulfrage ist noch nicht geklärt.

Dr. Heidelberg, 17. Juli. Die Wahlen zum Allgemeinen Studenten-Ausschuß in Heidelberg ergaben die Wahl von 16 Großdeutschen, 4 Jüden, 6 Freie Hochschulguppe, 4 Katholiken und 2 Sozialisten. Die Rechte verfügt somit über 20 Sitze, die Linke über 12. Der bisherige Ausschuß setzte sich aus 19 Mitgliedern der Rechten und 10 Mitgliedern der Linken zusammen.

Dr. Freiburg i. Br., 17. Juli. Im Rahmen einer schlichten Kundgebung verabschiedeten sich gestern nachmittag im Kaufhausaal die Städte und Gemeinden des Landeskommissariatsbezirks Freiburg, die Verwaltungen der Kreise Lor-rach, Freiburg und Offenburg sowie die Beamten der staatlichen Bezirksverwaltung von dem zum Präsidenten des Badischen Verwaltungsgerichtshofes ernannten Landeskommissar Geheimen Oberregierungsrat Dr. Karl Schneider, der nach achtjähriger Tätigkeit aus seinem Amte scheidet. Oberbürgermeister Dr. Bender, Freiburg, sprach dem scheidenden Landeskommissar namens der Städte und Gemeinden sowie der Kreise des Landeskommissariatsbezirks Freiburg wie auch im Namen der städtischen Beamten den herzlichsten Dank aus für die treue Fürsorge und die verständnisvolle Tätigkeit, die Geheimrat Dr. Schneider namentlich in den schweren Jahren der Nachkriegs- und Inflationszeit ausübt habe. Der Landeskommissariatsbezirk Freiburg verliere in Geheimrat Dr. Schneider nicht nur einen Beamten, der sich immer durch klaren Will, rastlose Tätigkeit und Selbstaufopferung ausgezeichnet habe, sondern auch einen Menschen, dessen Herz stets von warmer Liebe zur Heimat, von Hilfsbereitschaft und edler Menschenfreundlichkeit erfüllt gewesen sei. Sein verantwortungsvolles Amt habe er stets mit Umsicht und Energie verwaltet, aber auch mit einer wohlwollenden Gesinnung, die ihm ein bleibendes, ehrenvolles Gedenden sichern. Geheimen Oberregierungsrat Dr. Schneider dankte mit schlichten, eindringlichen Worten für die ihm gewidmeten ehrenden Aus-sprechungen. Sein Herz werde immer Freiburg und dem badischen Oberlande gehören, dessen Bevölkerung ihm fortgesetzt vertrauensvoll entgegengekommen sei, namentlich auch in den schweren Zeiten der Demobilisierung, in der ihm auch die Vertreter der Arbeiterschaft vertrauensvolle Mitarbeit angedeihen ließen. Er betonte auf die Tüchtigkeit seiner Bevölkerung und seiner hervorragenden Führer werde das badische Oberland einer guten Zukunft entgegengehen. In diesem Zusammenhang gedachte Präsident Dr. Schneider auch des besetzten badischen Gebietes dessen Bevölkerung sich stets ein-wandfrei verhalten habe.



Eröffnung von Kontokorrentkonten

mit und ohne Kreditgewährung

Rheinische Creditbank * Filiale Karlsruhe

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden-Baden. 3.118. Handelsregisteramt vom 2. Juli 1927 Abt. A Bd. III O.-Z. 76 — Firma „Degefab“ Deutsche Gemeinnützige Fahrabfuhr- & End in Dosscheuern — Durch Urteil des Landgerichts Karlsruhe, II. Kammer für Handelsachen, vom 23. Juni 1927 wurde der Geschäftsführer Gottfried End, Kaufmann in Offenburg, im Wege der einstweiligen Verfügung von der Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft einstweilen ausgeschlossen.

Baden-Baden. 2. 7. 27. Der Gerichtsvorsteher des Bad. Amtsgerichts.

Bruchsal. 2.93. Folgende Firmen wurden im Handelsregister B von Amt wegen als nichtig gelöscht.

1. Band I O.-Z. 18: Eisenwerk Bruchsal Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bruchsal.

2. Band I O.-Z. 34: „Eau“ Elektricität-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Unterzombach (Baden).

3. Band I O.-Z. 36: F. Szwonka, Aktiengesellschaft in Bruchsal.

4. Band II O.-Z. 8: Orientalische Zigaretten- & Zigarettenfabrik „Kismet“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bruchsal.

Bruchsal, 8. 7. 1927. Badisches Amtsgericht

Durlach. 2.94. Handelsregister A. Eingetragen am 25. Juni 1927 die Firma Apfelbacher und Dörmann, Farbenhändler, mit Sitz in Durlach. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Mai 1927 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter: Josef Apfelbacher, Kaufmann in Karlsruhe, und Robert Dörmann, Kaufmann in Durlach. Angegebener, nicht eingetragener Geschäftszweig: Großhandel mit Farben und Lacken. Amtsgericht Durlach

Freiburg. 3.117. Handelsregister A Bd. IV O.-Z. 400: Firma Hugo Rober, Freiburg, ist erloschen. Am 23. Juni 1927.

A Bd. IX O.-Z. 281: Firma Emil Gerber, Freiburg. Inhaber ist Emil Gerber, Kaufmann in Freiburg. Am 23. Juni 1927.

A Bd. II O.-Z. 140: Firma Jos. Bang, Freiburg, ist erloschen. Am 30. Juni 1927.

B Bd. V O.-Z. 71: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators des Auto-Reparaturwerks Doretto, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, ist beendet, die Firma erloschen. Am 25. Juni 1927.

B Bd. V O.-Z. 115: Firma Oskar Levy & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel in Lumpen, Knochen, Altsisen, Altsmetallen und anderem Altmaterial. Stammkapital: 20 000 M. Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. Mai 1927 festgesetzt. Es können ein oder mehrere Geschäftsführer bestellt werden. Werden mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder für sich allein berechtigt, die Gesellschaft rechtsgültig zu vertreten. Geschäftsführer sind: Oskar und Carl Levy, beide Kaufleute in Basel. Vertretungen der Gesellschaft erfolgen in der Freiburger Zeitung. Am 25. Juni 1927.

B Bd. III O.-Z. 83, Kornkompanie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg: An Stelle des ausgeschiedenen Direktors August Burckart ist Direktor Carl Meiser, Freiburg, als Geschäftsführer bestellt. Am 28. Juni 1927.

B Bd. IV O.-Z. 78, Agrarindustrie, Aktiengesellschaft mit Sitz in Freiburg: Direktor August Burckart ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Am 28. Juni 1927.

B Bd. II O.-Z. 41: Kristalleiswerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, hat durch Gesellschaftsbeschluss vom 26. April 1927 das Stammkapital unter entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags um 50 000 M. erhöht. Die Erhöhung ist erfolgt, das Stammkapital beträgt jetzt 150 000 M. Am 29. Juni 1927.

B Bd. IV O.-Z. 52: Die Süddeutsche Elektrizitätsgesellschaft mit beschränkter Haftung wird gemäß § 31 Abs. 2 S. 3. B. von Amt wegen nicht binnen drei Monaten Widerspruch gegen die beabsichtigte Löschung erhoben wird. Am 30. Juni 1927.

B Bd. III O.-Z. 91: Schwarzwälder Grundstücks-Aktiengesellschaft mit Sitz in Freiburg: Theodor Kallender ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Am 30. Juni 1927.

Amtsgericht Freiburg

Karlsruhe. 2.102. Handelsregisteramt vom 1. Juli 1927.

1. „Alo“, Betriebsgesellschaft für Alkoholverwertungsanlagen, Schmitt & Co., Karlsruhe. Die Prokura des Alfred Sofferer, Karlsruhe, ist erloschen. 5. 7. 27.

2. Carl Baum & Co., Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Juli 1927. Persönlich haftende Gesellschafter: Carl Baum, Kaufmann, Berlin-Neukölln, Ferdinand Rahn, Kaufmann, Karlsruhe. Der Geschäftsführer Carl Baum ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. (Möbelhandlung, Etoprinzenstr. 30.) 5. 7. 27.

3. August Reuefäß, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 9. 7. 27.

4. Camil Weiß, Karlsruhe. Otto Krepach, Kaufmann, Karlsruhe, u. Camil Weiß jr., Kaufmann, Karlsruhe, Einzelprokuristen. 9. 7. 27.

Badisches Amtsgericht

Karlsruhe. 3.103. Handelsregisteramt vom 1. Juli 1927.

1. Israelitische Religionsgemeinschaft Karlsruhe in Karlsruhe. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 23. Juni 1927 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Maier Altmann, Weinhändler, und Leopold Schwarz, Kaufmann, beide hier, sind zu Liquidatoren bestellt. Jeder der beiden Liquidatoren ist befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten. 6.7.27.

2. Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Daib & Neu, Karlsruhe. Die Prokuren der Herren Adolf Böhm, Albin Herrmann und Karl Hoffmann sind erloschen. 6. 7. 27.

3. Badische Bau- und Bodenbau, Zweigniederlassung der Deutschen Bau- und Bodenbau, Aktiengesellschaft, Karlsruhe, Hauptbüro Berlin. Dr. Alfred Ohlmer, Bankdirektor, Berlin, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt, dessen Prokura ist erloschen. 6. 7. 27.

4. Adlerwerke vorm. Heinrich Meyer, Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M., mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe unter der Firma: Adlerwerke vormals Heinrich Meyer, Aktiengesellschaft, Filiale Karlsruhe (Firtel 32). Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung von Maschinen, Apparaten und Werkzeugen, insbesondere von Fahrzeugen und sonstigen Fahrzeugen, von Bestandteilen und Zubehörteilen dieser vorgenannten Artikel und von Gummiwaren, desgleichen der Handel darin. Grundkapital: 19 271 000 M., eingeteilt in 481 250 auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je 40 M mit je 1 Stimme u. 7 000 auf den Namen lautende Vorzugsaktien zu je 8 M. Jede Vorzugsaktie gewährt im allgemeinen 2 Stimmen u. in gewissen Fällen 10 Stimmen bis zu 7 Proz. mit Nachzugsrecht. Vorstandsmittel: Direktor Paul Karmann, Direktor Otto Höferer, beide in Frankfurt a. M. Stellvertretendes Vorstandsmitglied: Direktor Erwin Meyer, Frankfurt a. Main. Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. Juli 1896 erdichtet, am 19. Dezember 1899 abgeändert und neu gefasst worden, inzwischen wieder mehrfach, zuletzt am 12. Juli 1926 geändert worden. Die Gesellschaft wird vertreten entweder: a) durch dasjenige Vorstandsmitglied, welchem der Aufsichtsrat die Befugnis zur Alleinvertretung erteilt hat, oder b) durch zwei Vorstandsmitglieder, oder c) durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen. Die Zusammenfassung der Vorstandsmitglieder der Mitglieder derselben bestimmt der Aufsichtsrat. Die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Aufsichtsrat gemeinsam mit seinem Stellvertreter. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft einschließlich der Berufung der Generalversammlung erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. 9. 7. 27.

Badisches Amtsgericht

Lörrach. 2.119. Handelsregisteramt vom 28. März 1927 ist das Stammkapital 13 000 M. auf 42 940 M. erhöht und die Bestimmung in § 4 des Gesellschaftsvertrags über das Stammkapital geändert worden.

„Meh. Weberei Otto Schenz“, Lörrach: Der Prokurist Kaufmann Dr. Julius Grafer in Lörrach ist zur Bekleidung und Befragung von Grundstücken ermächtigt. „Ausdrucksanstalt“ sind erloschen. 6. 7. 27.

Wiesental Aktiengesellschaft, Brombach: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 17. Mai 1927 wurde gemäß der eingereichten Aktende, auf die Bezug genommen wird, die Bestimmung in § 18 des Gesellschaftsvertrags über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder geändert.

„Druckerei & Appretur Brombach, Aktiengesellschaft“, Brombach: Die Prokura des Kaufmanns Hermann Sutter in Lörrach ist erloschen. Dem Diplomkaufmann Dr. Hans Weberling und dem Chemiker Robert Wiedenbach, beide in Brombach, ist Gesamtprokura erteilt. Lörrach 5. 7. 1927.

Bad. Amtsgericht I

Mannheim. 2.50. In das Handelsregister wurde heute nachstehende Firma eingetragen:

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Mai 1927 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Herstellung und Vertrieb von Bekleidungsgegenständen aller Art sowie von anderen Waren. Zur Erreichung ihres Zweckes ist die Gesellschaft berechtigt, gleichartige oder ähnliche Geschäfte zu erwerben, sich an solchen in jeder Form zu beteiligen, überhaupt alle Maßnahmen zu ergreifen und alle Geschäfte zu unternehmen, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar als dienlich erscheinen. Das Stammkapital beträgt 65 000 M. Geschäftsführer ist Adolf Kahn, Kaufmann, Berlin-Wilmersdorf. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, so ist jeder allein vertretungsberechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Der Geschäftsführer Adolf Kahn, Kaufmann, Berlin-Wilmersdorf, befragt das von ihm unter der Firma Th. Lucas & Co. als Zweigniederlassung in Mannheim betriebene Handelsgeschäft mit allen Geschäftseinrichtungen, Warenbeständen, Warenvorräten und ausstehenden Forderungen, letztere jedoch mit Ausnahme des Brandschaden-Ersatzanspruchs an die Allianz-Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin. Zweigniederlassung Karlsruhe, in Höhe von 45 500 M., sowie mit allen Verbindlichkeiten, nach dem Stande vom 1. Januar 1927 dergestalt in die Gesellschaft ein, daß dieses Geschäft mit Wirkung vom 1. Januar 1927 an als für Rechnung der Gesellschaft geführt anzusehen ist. Die Gesellschaft übernimmt alle Rechte u. Pflichten aus den mit den Angestellten der bisherigen Zweigniederlassung abgeschlossenen Dienstverträgen. Der Wert dieser Sacheinlage ist auf den Betrag von 88 000 M. festgesetzt. Damit ist die Stammeinlage des Gesellschafters Adolf Kahn geleistet. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftssitz: O. 2. 2. Ferner wurde zu folgenden Firmen heute eingetragen:

„Schöfinag“ Schokoladen-Industrie Aktiengesellschaft, Mannheim: Die Herabsetzung des Grundkapitals auf 40 000 M. ist entsprechend den Generalversammlungsbeschlüssen vom 22. Oktober 1925 und 11. Februar 1926 erfolgt. Das Grundkapital soll auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlungen a) vom 22. Oktober 1925, 11. Februar 1926 und 5. Mai 1927 um 60 000 M. b) vom 18. November 1926 und 5. Mai 1927 um 100 000 M. erhöht werden. Die Erhöhungen um 60 000 M. und die um 100 000 M. sind durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 200 000 M. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 5. Mai 1927 ist der Gesellschaftsvertrag in den §§ 4 (Grundkapital, Aktienausstellung) und 1 (Geschäftsjahr) geändert; der letzte Absatz des § 24 ist getrichen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die neuen Aktien des erhöhten Grundkapitals von zusammen 160 000 M. werden zum Kurse von 100 Proz. ausgegeben. Das Grundkapital ist jetzt geteilt in 190 Aktien zu je 1000 M. und 100 Aktien zu je 100 M.

Getreide-Kredit-Aktiengesellschaft, Mannheim: Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Dr. Friedrich David in Mannheim ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Brown, Soveri & Cie. Aktiengesellschaft, Mannheim: Durch Amortisation von Vorzugsaktien im Betrage von 19 600 M. beträgt das Grundkapital jetzt noch 14 980 400 M. Mannheim, 1. 7. 1927. Bad. Amtsgericht F. O. 4.

Mannheim. 2.65. In das Handelsregister wurden heute folgende Firmen eingetragen:

Zigarrenhaus Friedrich Groß, Mannheim. Inhaber ist Friedrich Groß, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Groß- u. Kleinhandel in Tabakwaren.

Valentin Jung, Mannheim. Inhaber ist Valentin Jung, Kaufmann, Mannheim. Dr. Alfred Stehrer in Mannheim ist als Prokurist bestellt.

Mannheimer Transportgesellschaft Rieger & Co., Mannheim. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juni 1927 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Adolf Rieger und Karl Frech, beide in Mannheim.

Ferner wurden heute zu folgenden Firmen eingetragen:

J. Wetterhahn, Mannheim: Die Firmeneinhaber Kaufmann Jacob Wetterhahn wohnt jetzt in Auerbach (Hessen).

Schwab und Rohmann, Mannheim: Kaufmann Alfred Leipziger in Mannheim ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

Gebrüder Kater, Mannheim: Die Prokura des Willi Köpfer ist erloschen. A. & S. Bamberger, Mannheim, Zweigniederlassung Mannheim ist aufgehoben und die Firma erloschen.

Philipp Reinhard & Cie., Mannheim: Dem bisherigen Gesamtprokuristen Emanuel Mannheim in Mannheim ist Einzelprokura erteilt. Dengstberg & Wie-

mer, Mannheim: Die Firma ist geändert in Dengstberg & Co.

Franz Schlüter, Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Mannheim, Mannheim: Die Prokura des Direktors Fritz Baumgart ist erloschen. Dem Diplomingenieur Carl Hebes in Dortmund ist dergestalt Prokura erteilt, daß derselbe berechtigt ist, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem anderen Prokuristen zu vertreten.

Zentral-Expedition Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Dem Kaufmann Philipp Bus in Mannheim ist Gesamtprokura erteilt. Er ist berechtigt, gemeinsam mit einem Geschäftsführer die Firma zu zeichnen. Mannheim, 2. 7. 1927. Bad. Amtsgericht F. O. 4.

Mannheim. 2.79. In das Handelsregister wurde heute eingetragen bei den Firmen:

Mannheimer Gummi-Guttapercha & Asphalt-Fabrik Aktiengesellschaft in Mannheim: Josef Böhm, Mannheim ist als Gesamtprokurist bestellt. Er ist berechtigt, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem Prokuristen die Firma zu zeichnen.

M. Deesfuß & Söhne in Mannheim: Dem Fritz Kramer (nicht Kramer) in Mannheim ist Einzelprokura erteilt. Mannheim, 4. 7. 1927. Bad. Amtsgericht F. O. 4.

Mannheim. 2.67. In das Handelsregister wurde heute folgende Firma eingetragen:

Bereinigtes Chininfabrik-Zimmer & Co. Aktiengesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim, Zweigniederlassung, Hauptbüro: Frankfurt a. M. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft ist mit beschränkter Haftung am 22. Dezember 1892 bzw. 21. April 1893 festgesetzt und am 20. Oktober 1893, 16. Juni 1920, 30. März und 15. Dezember 1924 und 23. August 1926 abgeändert. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und die Fortführung des bisher unter der Firma Bereinigtes Farbrühen chemisch-pharmazeutischer Produkte Feuerbach-Stuttgart u. Frankfurt a. M. Zimmer & Co. betriebenen Geschäfts sowie überhaupt die Produktion chemischer Produkte und der Handel in solchen. Das Stammkapital beträgt 1 500 000 M. Dr. Albert Weller, Chemiker, Frankfurt a. M., ist Geschäftsführer, Kaufmann Philipp Kampf, Mannheim, und Kaufmann Carl Zimmermann, Mannheim, sind stellvertretende Geschäftsführer. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die stellvertretenden Geschäftsführer Philipp Kampf und Carl Zimmermann sind mit der Maßgabe bestellt, daß jeder gemeinschaftlich mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftssitz: Sandhofstr. 112—113.

Ferner wurde heute zu folgenden Firmen eingetragen:

Christian Richter Aktiengesellschaft Mannheim: Christian Richter und Dr. jur. Friedrich Casfel sind nicht mehr Vorstandsmitglieder.

A. S. Thorbecke & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Carl Thorbecke ist nicht mehr Geschäftsführer. Mannheim, 30. 6. 1927. Badisches Amtsgericht. F. O. 4.

Offenburg. 2.133. Handelsregisteramt vom 1. Juli 1927.

Ha. A. Martin, Maschinenfabrik in Offenburg. Die Prokura des Kaufmanns Franz Konrad u. des Ingenieurs Oscar Meier, beide in Offenburg, ist erloschen.

Offenburg, 7. 7. 1927. Badisches Amtsgericht II.

Schnau i. W. 2.116. Eintrag im Handelsregister A O.-Z. 287, Wilhelm Fräulin, Weinhandlung in Zell i. W.: Der Inhaber hat die Firma Wilhelm Fräulin jun., Weinhandlung in Zell i. W., ab 1. Juli 1927 in Wilhelm Fräulin, Weinhandlung in Zell i. W., geändert.

Schnau i. W. 5. 7. 27. Badisches Amtsgericht

Schoffheim. 2.130. Handelsregisteramt vom 1. Juli 1927.

A O.-Z. 99 zur Firma Müller & Scheulin, Schoffheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gesellschafterin Karoline Müller Witwe Stiege geb. Bütsch ist ausgetreten. Das Geschäft wird von dem bisherigen Gesellschafter Josef Scheulin als Einzelfirma unter der bisherigen Firma fortgeführt.

Schoffheim, 14. 7. 1927. Badisches Amtsgericht

Schweigenen. 2.131. Handelsregisteramt vom 1. Juli 1927.

Abt. A Bd. III O.-Z. 45: Josef Weizner i. Drügl. Die Firma ist erloschen.

Schweigenen, 12. 7. 27. Amtsgericht I.

Triberg. 2.95. Handelsregisteramt vom 1. Juli 1927.

B II O.-Z. 15 — Schwarzwälder Rodindustrie G. m. b. H., Triberg —: Die Firma ist erloschen.

Triberg, 1. 7. 1927. Amtsgericht.

Überlingen. 2.88. Zum Handelsregister Abt. A Bd. I O.-Z. 814, betr. die Firma Nordfabrik elektrische Apparate Robert Niederreiter in Überlingen, wurde eingetragen: Dem Ingenieur Ernst Wirth in Eningen am Hohentwiel ist Prokura erteilt. Überlingen, 27. 6. 1927. Badisches Amtsgericht Überlingen.

Weinheim. 2.96. Handelsregister A Bd. II O.-Z. 81, Firma Wähler & Co., Weinheim: Kaufmann Otto Wähler in Weinheim ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Kaufmann Leopold Wähler Ehefrau, Emma geb. Gerle, in Weinheim ist in die Gesellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin eingetreten. 1. 7. 27. Amtsgericht I, Weinheim.